

VD / Standesbegehren Oberholzer-St.Gallen / Dürr-Gams / Britschgi-Diepoldsau /
Thalmann-Kirchberg vom 18. September 2017

Keine Subventionierung des Einkaufstourismus

Antrag der Regierung vom 31. Oktober 2017

Nichteintreten.

Begründung:

Am 4. Juli 2017 hat die Regierung die Interpellation 51.17.28 «Einkaufstourismus zulasten des heimischen Gewerbes» beantwortet und festgehalten, dass sie zur Bekämpfung der negativen Folgen des Einkaufstourismus Schritte auf Bundesebene begrüssen würde. Somit ist eine Standesinitiative grundsätzlich das passende Instrument.

Zum Thema Einkaufstourismus wurden auf Bundesebene in der Vergangenheit bereits mehrere Berichte erstellt und verschiedene parlamentarische Vorstösse eingereicht. Weil die Problematik äusserst vielschichtig ist, da der Einkaufstourismus aus verschiedenen Gründen praktiziert wird und umfangreiche Auswirkungen hat, beabsichtigt der Bundesrat, im Rahmen der Beantwortung des Postulats der Finanzkommission des Nationalrates 17.3360 «Auswirkungen der Frankenüberbewertung auf die Mehrwertsteuer» einen Bericht zu erstellen. In diesem will er die Thematik unter verschiedenen Blickwinkeln aufarbeiten und alle verschiedenen vorgeschlagenen Lösungsansätze (z.B. auch Motion Dobler 17.3417 und Motion Hegglin 17.3428, die beide den Einkaufstourismus betreffen) aufgreifen, sie analysieren und darauf beruhend mögliche Massnahmen aufzeigen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Standesinitiative nicht zielführend.